

INFOPERU Nr. 62

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

18. Juni 2019

Inhaltsverzeichnis:

[1. Editorial \(H. Willer\)](#)

[2. Peru-Seminar 2019 - ein gelungenes Seminar \(Annette Brox\)](#)

[3. Präsident Vizcarra stellt die Vertrauensfrage \(Andreas Baumgart\)](#)

[4. Bürgermeister von Megantoni: "Wir haben das Gas, si eexportieren es. Was haben wir davon ?" \(Ojo Publico\)](#)

[5. Chinesische Investitionen - eine Gefahr für die peruanische Demokratie ? \(F. Rodriguez\)](#)

[6. Kompakte Hintergrund-Info zu Bergbau in Peru \(Kampagne Bergwerk Peru\)](#)

[7. "Wir sind nicht der Paradiesgarten für die Erste Welt" \(H. Willer\)](#)

[8. Wie man den peruanischen Regenwald besser schützen kann \(Leon Meyer z.E.\)](#)

[9. 10 Jahre nach dem Baguazo - Interview mit Alicia Abanto \(noticiasser\)](#)

[10. Weiche Satan! - Sexualkunde, Scheinheiligkeit und Doppelmoral \(Heinz Schulze\)](#)

[11. Solidaritätsdebatte: übereinstimmende Ziele - politische Unterstützung \(Jimi Merk\)](#)

[12. Fe y Alegria – ein alternatives Schulmodell \(Frieder Walker\)](#)

[13. Veranstaltungen](#)

1. Editorial InfoPeru No 62

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

"Ich kann mich nicht erinnern, jemals so viele Interviews mit Menschen geführt zu haben, die den Tränen nahe sind ",

schreibt die erfahrene Reuters-Korrespondentin Mitra Taj auf Twitter. "Die einfachsten Fragen - woher kommen Sie, wie viele Kinder haben Sie ?" - lässt die Leute in Tränen ausbrechen. Der letzte Schwung venezolanischer Migranten, die Peru erreichen, ist müde, ängstlich, mittellos und hungrig". schreibt die erfahrene Reuters-Korrespondentin Mitra Taj auf Twitter. Mitra Taj beschreibt die Szenen an der Grenze von Ecuador zu Peru, in den Tagen vor dem 15. Juni. An diesem Tag nämlich trat die Visumpflicht für Venezolaner in Kraft. Venezolaner brauchen dafür einen - schwer erhältlichen und teuren - Reisepass und müssen dann auf dem peruanischen Konsulat in Caracas ihr Visum abholen. Bis zu 6500 Venezolaner täglich sind deshalb zu Fuß und mittellos über den halben Kontinent geeilt, um noch rechtzeitig nach Peru zu kommen.

Die peruanische Regierung hat mit der Visumpflicht der Stimmung in der Bevölkerung nachgegeben. Dort sehen viele die inzwischen auf 800 000 Menschen angewachsene Gemeinde der Venezolaner kritisch. Der auch ohne Immigration schon prekäre peruanische Arbeitsmarkt könne so viele Neuankömmlinge nicht aufnehmen, sagen einige. Das Arbeitsministerium hat inzwischen Arbeitgeber unter Strafe gestellt, welche (teurere) peruanische Mitarbeiter aus-, und (billigere) Venezolaner einstellen. Viele Medien bringen große Aufmacher über mutmaßlich oder tatsächlich von Venezolanern begangene Verbrechen.

Auch dieses Mal dürfte die Einführung der Visumpflicht vor allem die öffentliche Meinung beruhigen. Denn schon wenig später machte die Regierung Ausnahmeregelungen für minderjährige und betagte Familiennachzügler geltend. Und wer um Asyl bittet, wurde an der peruanischen Grenze noch nie abgewiesen.

Bisher hat Peru den unerwarteten Andrang der Flüchtlinge aus Venezuela in einer Mischung aus Pragmatik, Improvisation und Menschlichkeit einigermaßen konfliktfrei bewältigt. Hoffentlich wird diese Mischung auch weiterhin den Umgang mit den venezolanischen Flüchtlingen bestimmen.

Während sich auf dem südamerikanischen die größte bisher bekannte Migrationsbewegung abspielt, hält sich die peruanische Tagespolitik meist in den Niederungen der Parteipolitik auf, die bei den meisten peruanischen Parlamentariern mit persönlichen Pfründen gleichzusetzen ist. Andreas Baumgart schildert in diesem InfoPeru ausführlich, warum die peruanischen Abgeordneten zuerst Präsident Vizcarra das Misstrauen aussprechen wollten, und warum sie es dann doch lieber sein ließen.

Mehrere Artikel und Interviews in dieser Ausgabe widmen sich der Selva, dem peruanischen Amazonasbecken. Im Oktober beginnt dazu eine Bischofssynode in Rom, in welche vor allem die Erneuerer innerhalb der katholischen Kirche große Hoffnungen stecken.

Viel Freude bei der Lektüre und hoffentlich auch beim fleißigen Kommentieren auf unserer Webseite wünscht

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru

2. Peru-Seminar 2019 - ein gelungenes Seminar

*60 Menschen zwischen 4 und 75 Jahren, davon 23 Peruaner*innen, 12 (ehemalige) Freiwillige, 20, die zum ersten Mal, und 14, die schon mehr als zehnmal dabei waren: Das war die bunte Mischung der Teilnehmer*innen auf dem diesjährigen Peru-Seminar Anfang Mai in Köln.*

„Peruanische Wege zu Demokratie und gerechter Bildung“ war das Thema, dem wir uns von vielen verschiedenen Seiten näherten. Wie immer begannen wir mit Informationen und Einschätzungen zur aktuellen politischen Lage: Unser Gast aus Lima, Rómulo Torres vom Forum Solidaridad Perú, ging im Gespräch mit César Bazán Seminario vom Vorstand der Infostelle auf viele Fragen rund um den Antikorruptionskampf, die Situation der politischen Parteien und die neokonservativen Strömungen nicht nur in Peru ein. Ermutigend fand Rómulo Torres, dass auch wenige Menschen viel erreichen können, wenn sie nur klare Ziele verfolgen: Präsident Vizcarra und einige Staatsanwälte untersuchen die Korruptionsfälle konsequent, decken sie auf und verfolgen die Täter. Die Nichtregierungsorganisation IDL (Instituto de Defensa Legal) hat für spektakuläre Enthüllungen im Korruptionsskandal gesorgt. Menschenrechtsorganisationen und informelle soziale Bewegungen mobilisieren viele Menschen. Das zeige: Wenn man entschieden genug ist, kann man auch mit wenigen Leuten viel erreichen. Wer in den aktuellen politischen Diskussionen allerdings viel zu wenig präsent sei, seien die Campesinos und Indígenas und ihre Basisorganisationen. Auseinandersetzungen wie in Fuerabamba in der Region Cusco-Apurímac, wo die Anwohner*innen ihre Rechte gegenüber den Minenunternehmen einfordern, müssten unbedingt stärker in den Diskurs einfließen, der sich nicht nur auf Intellektuelle und Vertreter*innen der Mittelschicht beschränken dürfe.

„Soziale Bewegungen in Peru“ waren am Samstagvormittag der thematische Schwerpunkt. In welchem Kontext bewegen sie sich? Was haben sie erreicht? Die Präsentation von Rómulo Torres zu diesem Thema kann bei der Infostelle angefragt werden (in spanischer und deutscher Sprache).

Soziale Bewegungen sind Lernfelder der Demokratie. Sie brauchen selbstbewusste, gut ausgebildete Mitglieder. Deshalb ist gute Bildung so wichtig. Was leistet das peruanische Bildungssystem? Und welche alternativen Schulmodelle gibt es? Das war das Thema eines Panels mit dem Titel „Lernen für alle: gerechte Bildung in Peru“. Dazu können Sie den Beitrag von Frieder Walker über die alternative Schule „Fe y Alegría“ lesen (<http://www.infostelle-peru.de/web/fe-y-alegria-ein-alternatives-schulmodell/>).

Wie kann Entwicklungszusammenarbeit demokratische Prozesse in Peru fördern? Um diese Frage kritisch zu diskutieren, hatten wir den Länderreferenten im BMZ, Timo Behrens, eingeladen. Leider musste er kurzfristig absagen. Dafür sprang Victoria Sonntag, Projektbearbeiterin bei Misereor, ein und stellte sich der Frage, wie eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Misereor als Geldgeber und Partnerorganisationen als Zuschussempfängerinnen möglich sein kann. Dabei berichtete sie, dass Misereor für die Projektfinanzierung in Peru aufgrund zurückgehender Eigenmittel zunehmend auf öffentliche Mittel des BMZ angewiesen ist. Durch die großen Fördervolumen von BMZ-Zuschüssen werde deshalb die Förderung kleinerer Projekte von Basisorganisationen schwieriger. Vier Videobotschaften von peruanischen Organisationen sollten

die Frage aus peruanischer Sicht beleuchten. In den Botschaften wurde die Zusammenarbeit mit kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern in Deutschland in höchsten Tönen gelobt. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesem komplexen Thema allerdings fand kaum statt, bleibt aber sicherlich für die Zukunft auf unserer Agenda. Ein schriftlicher Beitrag zum Thema wird in einer der nächsten Ausgaben des InfoPeru zu lesen sein.

Nach der Arbeitsgruppenphase am Nachmittag hatten alle ausreichend gearbeitet und diskutiert – Zeit für die Fiesta! Die Huayno- und Salsa-Rhythmen, die Carmen Velarde auflegte, ließen (fast) niemanden kalt. Bis in die frühen Morgenstunden tanzten jung und alt, was das Zeug hielt.

Trotzdem gab es am nächsten Morgen keinerlei Ermüdungserscheinungen beim spannenden Vortrag von Fabricio Rodriguez „Chinesische Investitionen: Gefahr für die peruanische Demokratie?“ (<http://www.infostelle-peru.de/web/chinesische-investitionen-eine-gefahr-fuer-die-peruanische-demokratie/>).

Mit vielen neuen Informationen, Anregungen und Ideen und auch mit neuer Motivation für das eigene Engagement fuhren die Teilnehmer*innen nach Hause – so jedenfalls die schriftlichen und mündlichen Rückmeldungen am Ende des Seminars. Neben den Inhalten wurde auch der Austausch untereinander und die solidarische Atmosphäre in einer bunten Gruppe – generationenübergreifend, interkulturell und interdisziplinär – sehr gelobt.

„Ich fand es in jeder Hinsicht ein sehr gelungenes Seminar. Danke!!“

„Vielen Dank für die Schaffung der wundervollen, herzlichen Atmosphäre. Ich bin sehr glücklich über die Kontakte, die ich knüpfen konnte.“

Vorstand und Geschäftsstelle freuen sich über diese positiven Rückmeldungen und über die zahlreichen Vorschläge für das nächste Peru-Seminar im April 2020.

Annette Brox

3. Präsident Vizcarra stellt die Vertrauensfrage

..... und setzt sich (vorerst) durch.

Am 30. Mai reichte Premier Salvador del Solar im Namen der Regierung einen Antrag im Parlament ein, der die Abgeordneten dazu aufforderte, sechs Gesetzesvorhaben der Regierung des Präsidenten Vizcarra zuzustimmen. Sollte sie dafür das Vertrauen nicht ausgesprochen bekommen, wäre die Auflösung des Parlaments und die Ausrufung von Neuwahlen die erste Option für das peruanische Oberhaupt. Vizcarra und sein Kabinett hatten sich zu diesem drastischen Schritt entschlossen, nachdem der Fujiprismo seine Mehrheit dazu genutzt hatte, zwei einschneidende Maßnahmen gegen die Interessen im Antikorruptionskampf der Regierung durchzusetzen: Am 22.

Mai wurde im Verfassungsausschuss unter Leitung der neuen starken Frau von Fuerza Popular, Rosa Bartra, seitens der Parteien Fuerza Popular, APRA, Alianza para el Progreso und Acción Popular das Kernstück der Reformvorhaben, nämlich die Neuregelungen der Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, kurzerhand ins Archiv verfrachtet. Alle diese Parteien haben Abgeordnete, die juristisch verfolgt wurden, werden oder denen dies droht. Zweitens hatte der „Ständige Ausschuss des Parlaments“ wenige Tage später den unter Korruptionsverdacht stehenden ehemaligen Generalstaatsanwalt Chávarry endgültig vor juristischer Verfolgung und Amtsenthebung geschützt. Dieser „Schachzug“ vom 28. Mai, der für den Fujiaprismo den großen Befreiungsschlag im Anti-Antikorruptionskampf herbeiführen sollte, brachte dann das Fass zum Überlaufen.

Spätestens mit der Deckung Chávarrys blieb der Regierung keine Wahl mehr, als mit einer Auflösung des Parlaments zu drohen, die von der großen Mehrheit der peruanischen Bevölkerung eh schon seit Monaten gefordert wird. Chávarry ist zur Symbolfigur der Korruption in der Judikative und dessen Schutz zu einer vorrangigen Aufgabe des Fujiaprismo geworden. In einem abgehörten Chat von der „La Botica“ getauften Gruppe Abgeordneter von Fuerza Popular hatte Rosa Bartra den Schutz von Chávarry zur Überlebensfrage erklärt. „Es wäre schrecklich, sich in die Enge treiben zu lassen, man muss sich widersetzen, es geht ums Überleben, außerdem stehen diejenigen, die informiert sind (ich meine das Volk) auf der Seite von Chávarry.“

(<https://bit.ly/2F1utsU>)

Im „Ständigen Ausschuss des Parlaments“ wurden die Empfehlungen des „Parlamentarischen Unterausschusses für Verfassungsklagen“ zur Einleitung juristischer Maßnahmen gegen Chávarry mit 13 zu 12 Stimmen abgelehnt und archiviert. Das der Kommission vorgelegte Dokument des Abgeordneten Juan Sheput hatte folgende Anklagen und Maßnahmen gegen Chávarry empfohlen: Untersuchung wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Vetternwirtschaft bzw. Ämterpatronage, Unterlassung sowie seine Amtsenthebung und ein Amtsausübungsverbot für zehn Jahre. Lediglich die minderschwere Anklage wegen Verdunkelung wurde zugelassen. Letztere bezieht sich auf den Entlassungsversuch der beiden Antikorruptions-Staatsanwälte Rafael Vela und José Domingo Pérez an Silvester 2018. Die ebenso empfohlenen juristischen Maßnahmen gegen den Oberstaatsanwalt Tomás Gálvez, der mit der Mafia „Die weißen Kragen vom Hafen“ in Verbindung gebracht wurde, wurden gleichermaßen abgelehnt und vorerst ad acta gelegt.

Die erneute Begünstigung Chávarrys wurde von Parlamentspräsident Salaverry, abtrünniger Fujimorista und inzwischen exponierter Gegner der Machenschaften des Fujiaprismo im Parlament, scharf kritisiert. Er warf dem Ausschuss vor, der Bevölkerung den Rücken zugekehrt zu haben. Der Kampf gegen die Korruption sei kein Gerede, sondern müsse sich in konkreten Maßnahmen ausdrücken: „Sie haben sich nicht geändert, sie bleiben die Gleichen, beschämend!!“ Salaverry hatte zuvor schon eine Gesetzesänderung blockiert, die die Strafen auf Geldwäsche mittels illegaler Partei-Finanzierung drastisch senken sollte. Die Rache folgte auf dem Fuß: Noch kurz vor der Behandlung der Vertrauensfrage im Parlament verabschiedete der Ethikausschuss, nachdem die oppositionelle Minderheit diesen unter Protest verlassen hatte, einen Antrag an das Parlament, in dem die Suspendierung von Salaverry wegen ethischer Verfehlung für drei Monate empfohlen wird.

Im Fall Chávarry kann die Regierung als Exekutive zwar nicht das Parlament oder den Ausschuss zwingen, die Archivierung rückgängig zu machen. Das muss und wird die Opposition mit aller

Macht anstreben.

Für die Regierung ging es bei der Vertrauensfrage um wesentlich mehr: um den Kampf gegen die Korruption, einem wesentlichen Bestandteil der im Rahmen des nationalen Referendums abgestimmten Reformen. War Chávarry der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, so wiegte die Archivierung der Gesetzesreform zur Immunität wesentlich schwerer.

Die systematische Verschleppung der Reformen

Vor dem Hintergrund, dass schon am 9. Dezember 2019 ein nationales Referendum über die Reform der peruanischen Verfassung abgehalten wurde, in der es um die Reform des Justizwesens, die Finanzierung von Wahlkampagnen, die Wiederwahl von Abgeordneten und die Wiedereinführung des Zweikammer-Systems mit Senat und Kongress ging und bis dato nichts davon umgesetzt wurde, hatte die Regierung vor über einem Monat zwölf Gesetzesinitiativen zur Debatte in die parlamentarischen Ausschüsse eingebracht. Mit der Immunitätsfrage begann der Fujiaprismo sogleich damit, die ersten Vorhaben zu verwerfen. Das konnte die Regierung keineswegs mehr hinnehmen. So kam es also dazu, dass Premier Salvador del Solar im Namen der Regierung die Vertrauensfrage stellte.

Die Vertrauensfrage

In seiner deutlichen, präzisen Rede stellte del Solar dann am 4. Juni im Parlament die sechs Initiativen vor, denen die Abgeordneten zustimmen sollten. Er geißelte erneut die Korruption und die vom Fujiaprismo betriebene Verdunkelungs- und Boykottpolitik. Die Reformen müssten nicht wortwörtlich in Gesetzesform übernommen werden, deren Substanz dürfe aber keinesfalls verloren gehen. Die Vertrauensfrage seitens der Regierung finde im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechte statt und sei in keiner Weise mit vorhergegangenen Parlamentsauflösungen vergleichbar, wie Fuerza Popular und APRA unterstellen würden. Nach seiner scharfen Rede wurden folgende Vorhaben zur Abstimmung gestellt, hier auf den Kern reduziert dargestellt:

1. Eine verfassungsmäßige Gesetzesinitiative zur Modifizierung des Artikels 34 der Verfassung, in dem es um Hinderungsgründe für eine Kandidatur fürs Parlament geht. Danach soll künftig niemand für das Parlament oder ein anderes öffentliches Amt kandidieren dürfen, der in erster Instanz wegen einer vorsätzlichen Straftat zu mindestens vier Jahren verurteilt wurde.
2. Ein Gesetz zur Stärkung der internen Parteidemokratie. Hierbei geht es im Wesentlichen darum, dass Kandidat*innen für verschiedene politische Ämter direkt durch die Mitglieder der Partei und durch alle peruanischen Wahlberechtigten gewählt werden können. Die Wahlen sollen entsprechend öffentlich und simultan im ganzen Land stattfinden.
3. Eine Änderung des Wahlrechts. Es soll nur noch eine Listenwahl mit fester Rangfolge ohne Präferenzstimmen für einzelne Kandidat*innen geben. Dadurch wird u.a. die weit verbreitete Praxis unterbunden, durch Wahlgeschenke und Versprechungen die individuelle Popularität zu steigern und sich so unlauter bei der Wahl durchzusetzen. So wird auch die Verlockung gesenkt, populäre Kandidat*innen einzuladen, die nicht in die Partei und deren politischer Paraxis eingebunden sind.
4. Änderungen zur Einschreibung und Löschung von Parteien in und aus dem Wahlregister. Hier geht es besonders darum, die hohe Hürde von 800.000 Unterschriften zu kippen, die es neuen Parteien praktisch unmöglich macht, sich für Wahlen registrieren zu lassen. Diese hohe

Anforderung hat zur Entstehung eines neuen lukrativen Geschäftsfeldes geführt, nämlich dem gewerblichen Stimmenverkauf an Parteien. 14.000 registrierte Parteimitglieder sollen stattdessen die Voraussetzung für die Wahlbeteiligung bilden. Dadurch sollen künftige Parteien auch stabiler und langlebiger werden.

5. Ein Gesetz zur Kriminalisierung von Finanzierungspraktiken für Parteien, in dem eindeutig definiert wird, welche Finanzierung legal und welche verboten wird. Ebenso Modalitäten für die Transparenz- und Informationspflicht.

6. Ein Gesetz zur Modifizierung des Aufhebungsprozesses der parlamentarischen Immunität. Das Vorhaben, das gerade durch den Fujiaprismo (vorerst) archiviert wurde und die Vertrauensfrage der Regierung ausgelöst hat. Nicht mehr das Parlament, sondern eine unabhängige und unparteiische Instanz soll künftig über die Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten entscheiden. Die Regierung möchte diese Aufgabe bevorzugt an eine gerichtliche Instanz übertragen.

Da zwei der angestrebten Gesetzesänderungen Verfassungsrang haben, müssen sie bis zum 15. Juni, dem Ende der Legislaturperiode 2018/19, abgestimmt sein. Eine Verlängerung von einigen Tagen ist möglich. Gerade eben wurde die zweite Jahresperiode bis zum 25. Juli verlängert. Nur wenn diese knappe Terminierung eingehalten wird, können die Änderungen vor den Wahlen 2021 in Kraft treten. Das peruanische Recht sieht vor, dass Verfassungsänderungen lediglich bis zu einem Jahr vor der nächsten Regierungsperiode vorgenommen werden dürfen.

Die Debatte und das Ergebnis

Nach einigen gescheiterten Winkelzügen des Fujimorismo, um die Befassung doch noch aufzuhalten, fand nach der Rede von del Solar die zweitägige parlamentarische Debatte über die zur Abstimmung gestellten sechs Vorhaben der Regierung statt. Sie trug zeitweilig bizarre Züge. Manche Abgeordnete von Fuerza Popular und APRA schienen sich in einer Art Parallelwelt zu bewegen und befassten sich mit allem Möglichen nur nicht mit den zur Debatte stehenden Themen. Scharfe Angriffe kamen von der Führungsriege von Fuerza Popular und APRA, die die Vertrauensfrage als verfassungswidrig denunzierten und der Exekutive Erpressung und diktatorische Absichten vorwarfen. Mancher Beitrag war mit wüsten persönlichen Beschimpfungen gegen den Präsidenten garniert.

Am Ende der hitzigen Auseinandersetzungen stimmten 77 Abgeordnete für die Gesetzesinitiativen der Regierung und 44 dagegen. Drei Abgeordnete enthielten sich. Fuerza Popular hatte nicht einheitlich abgestimmt. Die exponiertesten Kritiker*innen Vizcarras mussten zur Gesichtswahrung gegen ihn stimmen. Gleichzeitig hatte die Partei dafür gesorgt, dass noch genügend Abgeordnete aus ihren Reihen zugunsten der Reformen stimmten, um eine Auflösung des Parlaments zu verhindern. Das war zu erwarten. Die beiden linken Fraktionen Frente Amplio und Nuevo Peru haben geschlossen gegen die Vorhaben gestimmt und so der Regierung das Vertrauen verweigert. Ebenfalls die APRA, allerdings aus anderen Gründen als die Linke.

Vizcarra hat sich damit vorerst durchgesetzt. Es könnte jedoch ein Pyrrhussieg gewesen sein. Die Debatte und weitere Reaktionen nach der Abstimmung haben noch einmal deutlich gemacht, dass der Fujiaprismo die rein taktisch befürworteten Reformen am liebsten in den Müll treten würde. Kaum war die Abstimmung vorüber, hatte sich Rosa Bartra schon deutlich zu Wort gemeldet: Der Wille zur Durchführung einer Reform bestehe zwar, es existiere jedoch keine Verpflichtung, die

Substanz der Projekte zu respektieren. Etwas Derartiges sei in der Verfassung nicht verankert.

Die linken Fraktionen Frente Amplio und Nuevo Peru hegen durchaus Sympathien für die Vorhaben, die auf mehr Demokratie und konsequentere Korruptionsbekämpfung abzielen. Sie gehen jedoch davon aus, dass sich unter den aktuellen parlamentarischen Kräfteverhältnissen keine nennenswerten Veränderungen durchsetzen lassen. Diese Meinung teilen auch viele Kommentator*innen aus unterschiedlichen Spektren der Zivilgesellschaft. Sie trauen Fuerza Popular und APRA ebenso wenig über den Weg und rechnen mit weiteren Boykott-Manövern, die den Reformen den Zahn ziehen sollen.

Für die Linke geht es jedoch um weitaus mehr als einige Reformen von Seiten der Regierung. In Fragen der Wirtschafts-, Bildungs-, Umwelt-, Steuer-, Arbeits- und Sozialpolitik steht sie der Regierung diametral entgegen. Daher begründete Marco Arana vom Frente Amplio die Ablehnung der Regierungsvorhaben mit der neoliberalen Politik der Regierung und forderte erneut vehement die Auflösung des Parlaments, die Durchführung von Neuwahlen und die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. (<https://bit.ly/2WuuXxm>, ab 1:33:15)

Diese Zielsetzung erhält mit der Vorbereitung eines Generalstreiks für den 20. Juni durch zivilgesellschaftliche Gruppen, linke Parteien, Umweltverbände, Gewerkschaften, Gremien, und Regionalbewegungen starke Rückendeckung. Der Streik richtet sich gegen die neuen arbeitnehmerfeindlichen Gesetze, darunter die Aufhebung von kollektiven Tarifverhandlungen, und fordert eine neue Verfassung zur Gründung einer neuen Republik.

Andreas Baumgart

[RegierungVizcarra](#)

4. Bürgermeister von Megantoni: "Wir geben das Gas. Sie exportieren es. Was haben wir davon ?"

*Daniel Ríos Sebastian ist Repräsentant des indigenen Volkes der Machiguenge und steht dem Distrikt mit den wichtigsten Energievorkommen Perus vor. Der Bürgermeister bekräftigt die Bedeutung des Gasvorkommens Camisea, weist aber darauf hin, dass in den 15 Jahren der Gasgewinnung die Lebensqualität der Einwohner*innen gelitten hat: „Die Gemeinden haben keinen Reis, dafür aber Bier. Das ist traurig.“*

Der erste auf vier Jahre gewählte Bürgermeister von Megantoni, Daniel Ríos Sebastián, sprach mit dem peruanischen Recherche-Portal *Ojo-Publico.com* über die Auswirkungen der Extraktivwirtschaft in seinem Gebiet und über die Hauptprobleme des Distriktes im Amazonasgebiet von Cusco, der mehrheitlich vom Volk der Machiguenge bewohnt wird.

Vier Monate nach Beginn seiner Amtszeit und wenige Wochen vor dem 3. Jahrestag der Gründung des Distriktes weist Ríos auf den hohen Anteil von Kindern, die an Unterernährung oder Anämie leiden, auf den starken Alkoholkonsum und die sozialen Auswirkungen des Gasprojektes Camisea

hin.

Im Juni 2016 beschloss der Nationalkongress einen neuen Distrikt Megantoni zu schaffen, als Teil der Provinz La Convención in der Region Cusco. Seither liegt in diesem Distrikt die Hauptenergiequelle Perus. Und dennoch haben die indigenen Gemeinden im Gebiet keine Versorgungssicherheit mit Strom.

In Megantoni, das vorher zum Distrikt Echarate gehörte, liegen die Gasfelder 56, 57, 58 und 88 des Gasprojektes Camisea, an dem die Unternehmen Pluspetrol, Repsol und CNPC Perú beteiligt sind. Dank der Steuerabgaben auf Gas (Canon gasífero) erhielt der Distrikt 2018 mehr als 294 Mio. Soles Steuereinnahmen (80 Mio. Euro). „Das Gesetz legt fest, dass wir die Steuereinnahmen für Infrastruktur, wie z.B. Straßenbau, ausgeben müssen. Aber was mache ich mit den Krankheiten und den unterernährten Kindern?“, fragt Ríos Sebastián.

Sie waren in den politischen Organisationen „Patria Arriba Perú Adelante“ und „Movimiento Nueva Izquierda“ aktiv. Wie fing Ihr politisches Engagement an?

Zunächst arbeitete ich fünf Jahre lang als Kommunikationsbeauftragter von Repsol im Gasfeld 56. Ich war Präsident des Verwaltungskomitees von Bajo Urubamba und Vizepräsident meiner Gemeinde. Letztes Jahr habe ich für die Partei Integración Social Avanza País (Soziale Integration – Land vorwärts) kandidiert. Außerdem war ich Delegierter im Gründungsprozess des Distriktes Megantoni. Das war ein langer Kampf im Kongress. Ich habe das totale Schweigen der Regierung hier im Gebiet erlebt. Sie sahen uns als das letzte Rad am Wagen an. Um alles mussten wir den Bürgermeister von Echarate auf Knien bitten.

Wie war das Verhältnis zur Polizei und den Streitkräften während des Ausnahmezustands im Gebiet, aufgrund seiner Nähe zu VRAEM?

Es gibt Dinge, die muss die Bevölkerung einfach verstehen. Die Militärpräsenz war zur Befriedung und zur Kontrolle von Personen mit schlechten Absichten und engen Verbindungen zum Drogenhandel und Terrorismus nötig. Aber die Militärs müssen auch die Bräuche und die Identität der Völker respektieren und sich an die Gemeindeordnung halten. Umfassende Koordination und gegenseitiger Respekt sind nötig.

Das Verhältnis zwischen den indigenen Völkern und den Unternehmen ist in der Regel angespannt. Wie ist das Verhältnis von Megantoni zu Pluspetrol und Repsol?

Wir sind nicht die „zweite Kategorie“, wie es Ex-Präsident Alan García formuliert hat. Wir respektieren die nationale Gesetzgebung, aber wir fordern Respekt vor der Umwelt und der Identität der Völker in den Gebieten, in denen diese Firmen operieren. Es herrscht Misstrauen aus Angst vor Umweltverschmutzung. Der Fluss ist nicht mehr wie früher, als es dort noch Fische gab. Als die Unternehmen hierher kamen, hatte das Auswirkungen auf den Fluss Urubamba. Wir sagen nicht, dass die Unternehmen hier nicht arbeiten sollen. Aber sie müssen Sozialprogramme und Projekte zur (landwirtschaftlichen) Produktion ankurbeln.

Trotz dieser Umwelt- und sozialen Auswirkungen sind Sie einverstanden mit der Gasgewinnung in diesem Gebiet?

Natürlich, weil wir uns entwickeln wollen. Aber bisher hat niemand die Beteiligung der indigenen Völker bei der Gasförderung im Blick. Wir geben den Unternehmen das Gas, sie leiten es nach

Lima und exportieren es. Und was haben wir davon? Wo ist die Beteiligung der direkt betroffenen Gemeinden? Das Unternehmen argumentiert, es könne nicht den Staat ersetzen. Aber es muss Gesundheits- und Bildungsprojekte in allen Gemeinden ins Leben rufen.

Das Gebiet versorgt große Teile des Landes mit Energie. Haben denn momentan auch alle Gemeinden hier Strom?

Es gibt keine Sicherheit in der Stromversorgung rund um die Uhr. An manchen Tagen haben wir Strom, aber an 15 bis 20 Tagen bricht bei starken Regenfällen die Versorgung zusammen.

Megantoni grenzt an das Schutzgebiet für indigene Völker, die in freiwilliger Isolation leben und deren Territorien durch Holzeinschlag, Drogenhandel und illegalen Minenwirtschaft bedroht sind.

Jetzt ist der Zeitpunkt, zu dem sich diese Völker integrieren müssen. Diese "nicht kontaktierten" Völker sind seit Jahren kontaktiert. Das Kulturministerium muss die Verbote aufheben, die – so habe ich es verstanden – zu ihrem Schutz bestehen. Wir müssen Programme auflegen, um Entwicklung anzustoßen und gleichzeitig die Traditionen zu wahren. Die Initiative dazu muss von ihnen selbst kommen.

Haben Sie regelmäßig Kontakt zu den Gemeinden mit Erstkontakt, wie Montetoni und andere, die sich innerhalb des Schutzgebietes befinden?

Die Menschen gehen nach Camisea (die größte Gemeinde im Gebiet Bajo Urubamba), sie haben Handys. Als Lokalregierung muss ich die Anerkennung dieser Völker fördern und dabei ihre traditionelle Lebensweise und ihre Autonomie respektieren und ihre Identität stärken.

Welche Rolle wird die Regierung von Megantoni spielen, wenn diese isoliert lebenden Völker die Anerkennung und Landtitel für den Gemeindebesitz einfordern?

Wir werden das bewerten und entsprechend handeln. Dort, wo es gerechtfertigt ist, müssen wir Landtitel vergeben. Diese Gemeinden haben es verdient zu wachsen. Der peruanische Staat bzw. das Kulturministerium darf sie nicht mehr wie Gemeinden behandeln, die noch in den Windeln liegen. Die Beamten leben gut und erlassen Gesetze an ihren Schreibtischen in Lima, während diese Völker Aufmerksamkeit brauchen. Wir haben dem Nationalregister Reniec grünes Licht gegeben, in dieses Gebiet zu kommen. Und wir haben das Kulturministerium darum gebeten, dass diese Völker Personalausweise bekommen. Mein Ziel ist es, dass dieses Jahr alle Einwohner*innen Megantonis ausnahmslos einen Personalausweis besitzen.

Verschiedene NGO's sagen, dass das Ausstellen von Personalausweisen und Landtiteln den Schutz dieser Völker schwächen und die Ausweitung der Gasfelder begünstigen könnte.

Die NGO's verfolgen ihre eigenen Interessen. Sie wollen die Einwohner*innen nicht verteidigen, sondern sie wie in einem Zoo erhalten. Diese Organisationen sind in Megantoni willkommen, aber nicht, um irgendwelche Dinge zu erfinden. Wir haben das Recht auf Wachstum, auf Angehörtwerden und auf ein würdiges Leben.

Was war die größte Auswirkung in den 15 Jahren der Gasgewinnung in Bajo Urubamba?

Die Dorfgemeinschaften verändern sich sozial. Ihre Traditionen und Identität verlieren an Bedeutung. Dazu kommen die Gaslecks im Fluss. Aber es gibt auch erhaltenswerte Entwicklungen in diesen 15 Jahren: eine bessere Kontrolle und besserer Umweltschutz. Außerdem gibt es

Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Hauptbeschäftigung in den Gemeinden ist die Landwirtschaft. Aber es gibt auch viele, die bei der Distriktverwaltung von Megantoni und bei den Unternehmen arbeiten, z.B. bei Pluspetrol und Repsol.

Es gibt Berichte, dass Fischfang und Jagd nicht mehr die wichtigsten Ernährungsquellen sind und dass Anämie und Unterernährung zugenommen haben.

Das Hauptproblem ist das fehlende Wasser- und Abwassersystem. Es gibt nicht einmal Trinkwasser. Wir haben hohe Raten an chronischer Unterernährung, Anämie, Tuberkulose, Müttersterblichkeit. Das ist ein latentes Problem. Und wir haben weder Krankenhäuser noch Gesundheitsposten, um die Bewohner*innen von Megantoni zu behandeln. Außerdem gibt es Krankheiten, die wir nicht identifizieren können und die vor allem die Kinder betreffen.

Welche anderen sozialen Probleme gibt es in Megantoni?

Der Alkoholismus ist weit verbreitet. Ab 14 Jahren haben die Kinder Zugang zu Alkohol. Wir arbeiten daran, das Eindringen des Alkohols in unser Gebiet zurückzudrängen. Die Dörfer haben keine Reis, dafür aber Bier. Das ist traurig. Die Lieferfirmen müssen mit uns zusammenarbeiten. Die Firma Backus zum Beispiel muss Gebäude errichten, in denen die Jugendlichen lernen können, statt sich dem Alkohol hinzugeben. So hätten sie zum Abschluss der weiterführenden Schule eine technische Ausbildung.

Eine Ihrer Hauptforderungen im Wahlkampf waren Steuererhöhungen.

Die Unternehmen, die ihre Gasfelder und Niederlassungen ausweiten, zahlen keine Steuern dafür. Hier müssen wir ansetzen. Und die Steuermittel müssen für die Anstellung von Lehrer*innen und Ärzt*innen verwendet werden. Das Gesetz zum Canon schreibt vor, dass Infrastruktur gebaut werden muss, z.B. Straßen. Aber was mache ich mit den Krankheiten und den unterernährten Kindern? Ich kann ein Luxusgebäude erstellen, aber niemand schaut auf die Rechte der Kinder und der alten Menschen.

Das derzeitige Finanzierungsmodell erlaubt es nicht, mit dem Geld aus dem Canon Ärzt*innen anzustellen oder direkte Unterstützung zu finanzieren.

Der Canon muss hinterfragt werden, sonst werden wir die Problem des Volkes nie lösen. Außerdem fordere ich die Einrichtung eines Internen Kontrollbüros (OCI). Wir wollen Kontrolle über die Steuergelder, und wir wollen den Canon für Gesundheits- und Bildungsprojekte verwenden können. Im Kongress streiten sie unter sich, und ihre Gesetze werden für die Bewohner*innen von Lima, für die „Schickimickis“ gemacht. Die Gesetzgebung hilft den ärmsten Menschen nicht.

Welche wichtigen Baumaßnahmen wurden während Ihrer Regierungszeit ausgeschrieben?

Wir haben noch keine Ausschreibungen für große Infrastrukturmaßnahmen gemacht. Wir arbeiten gerade große Projekte aus, wie Straßenverbindungen und den Bau von Krankenhäusern und von Brücken sowie ein Trinkwasserprojekt.

Gibt es Privatfirmen, die schon Interesse an diesen Projekten gezeigt haben?

Ja, wir werden starke und große Unternehmen auswählen, um Nachhaltigkeit zu garantieren.

Sie waren selbst auch Unternehmer.

Ich habe in meiner Gemeinde gearbeitet, aber keine Aufträge vom Staat erhalten.

Sie haben mit Ihrer Frau die Firma Nia Sankari Osarite geführt. Gibt es die noch?

Nein, wir haben sie aufgegeben, als ich zum Bürgermeister gewählt wurde.

Diese Firma hat sehr wohl staatliche Aufträge angenommen, oder?

Ja, ein einziges Mal. Als ich zum Bürgermeister gewählt wurde, wurde mir gesagt, dass ich kein Unternehmen besitzen und keine Verträge mit dem Staat abschließen soll, um Probleme zu vermeiden. Wenn ein Bürgermeister ins Gefängnis will, dann sucht er sich das selber.

Drei Bürgermeister von Echarate in Folge wurden wegen Korruption angeklagt.

Die Bürgermeister stürzen, weil sie Diebe sind. Sie möchten Profit machen und lassen sich von den Unternehmern bezahlen, um sie dann mit Bauaufträgen zu belohnen. Hier wird es nicht so laufen. Regieren ist schwierig. Die Entwicklung ist darauf ausgerichtet, dass das Volk seine Ziele selbst entwickelt. Wir werden den Gemeinden das Fischen lehren – kein Assistenzialismus und Konformismus mehr. Wir müssen stolz sein auf unsere traditionelle Identität als Ursprungsnation.

Das Interview führten Nelly Luna Amancio und Ernesto Cabral (Ojo-Publico.com)

Spanisches Original: <https://ojo-publico.com/1178/alcalde-de-megantoni-damos-el-gas-de-camisea-lo-exportan-pero-en-que-nos-beneficia-a-nosotros>

Uebersetzung: Annette Brox

1 Quellgebiet in der Grenzregion von Ayacucho, Huancavelica, Cuzco und Junin, gilt als das wichtigste Kokaanbauggebiet Perus.

5. Chinesische Investitionen - eine Gefahr für die peruanische Demokratie ?

Der Vormarsch chinesischer Investitionen und wachsende Handelsverflechtungen mit China verursachen Verunsicherung in vielen Teilen der Welt. Auch in Peru ist China binnen etwa einer Dekade zu einem wichtigen Investor im Bergbausektor aufgestiegen.

Mit etwa einem Drittel aller Investitionen in die Förderung von Eisenerz und Kupfer ist Peru auf chinesisches Kapital angewiesen. Im Jahr 2017 steuerte der Bergbau etwa 10 Prozent des peruanischen Bruttoinlandsprodukts und 2015 15 Prozent der Steuereinnahmen bei. Diese Verflechtungen wurden seit Mitte der 1990er Jahre vor allem auf Initiative peruanischer Eliten aufgebaut. Deren mangelnde Rücksicht auf zivilgesellschaftliche Rechte und das eigene Machtkalkül bedroht die peruanische Demokratie. China ist für sie ein wichtiger Kooperationspartner, der viel Kapital besitzt und keine unangenehmen Fragen zu innenpolitischen Angelegenheiten stellt.

Die Steuereinnahmen aus dem Bergbau erzielten mit 15 Prozent aller Steuereinnahmen eine für den peruanischen Staat lebensnotwendige Einkommensquelle im Jahr 2015. Im Unterschied zu anderen

Steuerquellen steht die *renta minera* zur freien Disposition der Regierung. Die Bergbauunternehmen zahlen diese großen Summen direkt in die Staatskasse ein. Der peruanischen Bürgerin stehen nur beschränkte Möglichkeiten zur Verfügung, den Umgang mit diesen Geldern zu kontrollieren. Die chinesische Nachfrage nach Mineralien verschärft dieses Problem. Denn Peru exportiert mehr als die Hälfte seiner Bergbauerzeugnisse sowie anderer mineralischer Rohstoffe auf den chinesischen Markt. China stellt mit 50 Prozent der globalen Nachfrage nach sämtlichen Mineralien seit 2013 Perus wichtigsten Absatzmarkt dar, auf den neben mineralischen Rohstoffen hauptsächlich unverarbeitete Agrarprodukte exportiert werden. Im Gegenzug importiert Peru eine ausdifferenzierte Palette an Industriegütern und Kommunikationstechnologien wie Handys, Computern und Haushaltsgeräten. Die weitgehend deregulierte Einfuhr chinesischer Produkte stellt die lokal verarbeitenden Industrien (z.B. für Schuhe und Textilien) unter massiven Konkurrenzdruck und führt zur Reprimarisierung der peruanischen Wirtschaft.

Doch wie ist dieses Abhängigkeitsverhältnis überhaupt entstanden und inwiefern stellen chinesische Investitionen eine Bedrohung für die peruanische Demokratie dar?

Chinas wirtschaftlicher Aufstieg basiert auf sich rasant entfaltenden Urbanisierungs-, Motorisierungs- und Industrialisierungsprozessen. Diese Prozesse benötigen enorme Mengen an mineralischen Rohstoffen. Angesichts der steigenden Bedeutung von Elektrizität, z.B. für die Versorgung von Elektroautos oder für die Verteilung von über Solar- und Windkraftanlagen produzierten Strom, gewinnt Kupfer im Zeitalter der erneuerbaren Energien zunehmend an Bedeutung. In China stellen vor allem Kernkraftwerke die Zukunftspfeiler der Energiewende dar.

Doch konträr als zumeist angenommen waren es nicht „die Chinesen“ allein, die sich für die Erschließung peruanischer Minen zu Beginn des 21. Jahrhundert interessierten. Obwohl die chinesische Regierung eine proaktive Wirtschaftsdiplomatie in Lateinamerika praktiziert, war Peru aus chinesischer Sicht als Investitionsziel zunächst uninteressant. Stattdessen waren es die peruanischen Eliten, die gezielt nach China suchten, als sie den gewaltigen Anstieg der chinesischen Nachfrage nach Kupfer sahen.

In den 1990er Jahren erweckte China schließlich zunehmendes Interesse der peruanischen Wirtschaftspolitik. Die Initiative ging also von Peru und nicht von China aus. Denn Peru gilt als Musterkind des Washington Consensus und als strategischer Partner der USA. Die ersten Bemühungen, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Peru zu stärken, unternahm der autoritär regierende Präsident japanischer Abstammung Alberto Fujimori. Fujimori verstand nicht nur Japan, sondern auch China als potenziellen Absatzmarkt für peruanische Produkte. Doch mit Präsident Alán García gelang Mitte der 2000er Jahre der peruanische Durchbruch nach China. García – der sich 2019 im Kontext zunehmender Korruptionsvorwürfe das Leben nahm – setzte hochrangige Verhandlungsteams zusammen, die die Aufgabe bekamen, die chinesische Führung dazu zu bringen, ein Freihandelsabkommen mit Peru zu unterzeichnen. Diese Verhandlungsteams waren sehr wichtig, weil sie zunächst andere asiatischen Länder dazu brachten, Freihandelsverträge mit Peru zu schließen, bis die chinesische Führung überzeugt werden konnte. Das gelang Peru letztendlich im Jahr 2008, als Präsident García zusammen mit seinem chinesischen Amtskollegen Hu Jintao den Abschluss des peruanisch-chinesischen Freihandels- und Investitionsabkommens verkündete. In der Folge steigen die Kupferexporte von Peru nach China seit 2008 massiv an. Peru konnte dank chinesischer Investitionen zum zweitgrößten

Kupferproduzenten der Welt – nach Chile – wachsen. Mit der von China mitunterstützten Ausweitung des Extraktivismus intensivierten sich auch die Korruptionsskandale im Bausektor etwa durch die Vergabe von Aufträgen an das brasilianische Bauunternehmen Odebrecht. Letzteres profitierte in der ganzen Region von öffentlichen Aufträgen, welche die jeweiligen Regierungen mit den Mehreinnahmen aus dem Erdöl- bzw. Bergbausektor finanzierten. Auch in Peru erfasste dieses Problem die höchsten politischen Ämter.

An der Basis verbreiteten sich die Konflikte und der peruanische Staat verlor zunehmend an demokratischer Legitimität. Beispiele hierfür sind die Kupferminen Toromocho und Las Bambas. Beide Minen expandieren dank chinesischer Investitionen, die mithilfe des peruanischen Staats angezogen und abgesichert werden.

Obwohl es in Peru vermehrt zu tödlichen Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen den Minenbetreibern und der lokalen Bevölkerung gekommen ist, haben die Regierungen der Staatspräsidenten Humala und PPK (Pedro Pablo Kuczynski) eine konsequente Politik zugunsten der Minenbetreiber verfolgt. Beide Politiker sind heutzutage wegen Korruption angeklagt. Die Kämpfe der lokalen Bevölkerung über Arbeitsrechtsverletzungen sowie die Missachtung von Umweltstandards und gesetzlich verankerter Konsultationsverfahren werden vonseiten des peruanischen Staates nur unzureichend wahrgenommen. Stattdessen gestattete ein Präsidialdekret Alán Garcías (Decreto Supremo N 004-2009) den Minenbetreibern, öffentliche Sicherheitskräfte einzukaufen, um „notfalls“ gegen die lokale Bevölkerung zum Schutze der Bergbauunternehmen mit Gewalt vorzugehen. Unter der Regierung des heutigen Präsidenten Vizcarra besteht diese gesetzliche Norm weiter.

Auf dieser Grundlage haben die meisten Bergbauunternehmen, ob chinesisch oder nicht, Vereinbarungen mit der peruanischen Polizei etabliert. Diese rechtlich abgesicherten Vereinbarungen erlauben Minenunternehmen, öffentliche Sicherheitskräfte zu einem Preis von etwa US\$ 30 pro Mann und pro Tag einzukaufen. Diese Sicherheitskräfte verletzten und töteten in lokalen Protesten gegen die Mine Las Bambas in den Jahren 2015 und 2016 mehrere Menschen. Las Bambas hatte das chinesische Konsortium MMG im Jahr 2014 vom schweizerischen Konzern Glencore Xtrata gekauft. In Peru hängen Bergbau, Umweltverschmutzung und staatliche Gewalt eng zusammen. Viele dieser Probleme waren bereits vorher charakteristisch für den vom Westen dominierten Bergbausektor Perus, spitzen sich aber durch den zunehmenden Einfluss chinesischer Investitionen zu.

Chinas Aufstieg als peruanische Bezugsgröße steht also in direktem Zusammenhang mit der Expansion eines autoritären, antidemokratischen und extraktiven Wachstumsimperativs, der von allen peruanischen Regierungen und Wirtschaftseliten seit den 1990er Jahren vorangetrieben wird. Mit der ungebremsten Ausweitung extraktiver Kooperationsbeziehungen mit China entstehen für Peru gravierende politische und ökonomische Nachteile: ein zunehmend akutes Abhängigkeitsverhältnis gegenüber chinesischen Investitionen, eine Verschärfung sozialer Konflikte im Bergbausektor und ein strukturell-kontrollierendes Machtverhältnis zum langfristigen Vorteil Pekings bei zunehmender Umwelterstörung. Doch unser Wissen ist noch beschränkt. Sozialwissenschaftler*innen und NGOs können das noch mit sehr wenigen Studien untermauerte Untersuchungs- und Politikfeld chinesisch-peruanischer Investitionsdynamiken bereichern. Doch als Lateinamerikaner*innen sollten wir uns auch – und vielleicht vor allem – vor dem irrationalen

Ausmaß an Ausplünderungsbereitschaft seitens unserer eigenen Eliten fürchten.

Fabrizio Rodríguez ist Sozialwissenschaftler und hat seine Dissertation zu Chinas Ressourcenpolitik in Brasilien und Peru an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg geschrieben. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ALMA Fellow am Arnold-Bergstraesser-Institut in Freiburg. Er forscht zu Erdöl, Mineralien und Biomasse in den Süd-Süd-Beziehungen am Beispiel China-Lateinamerika.

6. Kompakte Hintergrund-Info zu Bergbau in Peru

In vier Fact-Sheet hat die Kampagne „Bergwerk Peru“ die Problematik des Bergbaus in Peru auf kompakte und attraktive Weise dargestellt. Die einzelnen Factsheets sind im DIN A4-Format und je vier Seiten lang und befassen sich mit folgenden Themen:

- Factsheet 1/2019: Megabergbau schafft Konflikte | Das Beispiel Gold in der Region Cajamarca (Yanacocha)
- Factsheet 2/2019: Das Problem mit dem (Trink)-Wasser in den Anden und was der Bergbau damit zu tun hat
- Factsheet 3/2019: Kupfer-Abbau in Peru | Perus Minen als Rohstofflieferant für den weltweiten Elektronik-Konsum
- Factsheet 4/2019: Bergbau auf Kosten indigener Völker | Rohstoffausbeutung im peruanischen Regenwald

Sie eignen sich als Einstieg ins Thema, zur Begleitung von Veranstaltungen und zum Einsatz bei der Bildungsarbeit. Wir würden uns freuen, wenn sie für viele Gruppen und Organisationen von Nutzen sind.

Die Factsheets können ab jetzt über unsere Webseite bestellt werden oder dort auch online eingesehen und heruntergeladen werden:

<http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/infothek/informationmaterialien/>

7. „Wir sind nicht der Paradiesgarten für die Erste Welt“

Bischof David Martínez de Aguirre Guinea aus Puerto Maldonado ist eine Schlüsselfigur für die kommende Amazonas-Synode – und ein glühender Verteidiger der indigenen Völker.

Der 49-jährige David Martínez de Aguirre wurde im Baskenland geboren und kam 2001 als Mitglied des Dominikaner-Ordens ins Apostolische Vikariat Puerto Maldonado, welches das Departament Madre de Dios und einen Teil des Urubamba-Tals im Departament Cusco umfasst. Dort lebte der spanische Priester 13 Jahre mit dem Volk der Machiguenga und der Asháninka im unteren Urubamba-Tal, bevor er 2015 zum Bischof von Puerto Maldonado ernannt wurde. Papst Franziskus hat ihn am 4. Mai zu einem von zwei Sekretären der kommenden Amazonas-Synode in Rom berufen.

InfoPeru hat mit David Martínez im März 2019 in Puerto Maldonado gesprochen.

InfoPeru: Warum ist die Amazonas-Synode, die im Oktober in Rom stattfinden wird, so etwas Besonderes?

Martínez de Aguirre: Eine Synode ist erst einmal eine vom Papst einberufene Versammlung der Bischöfe zu einem bestimmten Thema. Die Amazonas-Synode ist insofern etwas besonderes, weil es die erste Synode ist, die sich einer Region widmet. Die Amazonas-Region umfasst Teile von neun Ländern, hat aber eine eigene Identität und Problematik. Schon bei der lateinamerikanischen Bischofsversammlung von Aparecida im Jahr 2007 machten vor allem die Bischöfe Brasiliens auf die besondere Notlage des Amazonasbeckens aufmerksam. Papst Franziskus hat diesen Ruf nun aufgenommen. Die Synode hat einen grossen Meinungsbildungsprozess in der Kirche der Amazonasregionen ausgelöst. Diese Bewegung wird weitergehen, über die eigentliche Synode hinaus.

Besonders wichtig sind der Synode die Urvölker Amazoniens. Denn sie können uns erklären, wie wir mit der Natur umgehen sollen. Sie bieten der Menschheit ein neues Paradigma an. Die Kirche stellt ihnen ihren Raum zur Verfügung, damit sie mit ihrer eigenen Stimme sprechen können.

InfoPeru: Wenn man im peruanischen Amazonasgebiet einen Gottesdienst besucht, so sieht man dort meist Mestizen oder Indigene aus dem Hochland, die ins Tiefland migriert sind. Die indigenen Urvölker des Amazonas dagegen sind rein zahlenmässig eine absolute Minderheit. Warum stellt die Amazonas-Synode gerade diese indigenen Völker in den Mittelpunkt?

Martínez de Aguirre: Ich selber habe 13 Jahre als Missionar mit dem indigenen Volk der Machiguenga gelebt, das hat mich geprägt. Papst Franziskus kam letztes Jahr nach Puerto Maldonado, um sich mit den indigenen Völkern zu treffen. Klar gab es da auch Stimmen unter einigen Gläubigen, die verächtlich sagten: „Der Papst kommt, um sich mit einer Handvoll Indios zu treffen“. Dem herrschenden Denken tut es immer weh, wenn die Peripherie auf einmal eine wichtige Stimme bekommt. Es kann auch beunruhigen und verstören, dass diese Peripherie nun ins Herz der Kirche vorstösst. Dass gerade die am meist marginalisierten Indigenas nun eine Stimme bekommen. Niemand soll sich deswegen bedroht fühlen, es ist vielmehr eine grosse Chance, dass wir einen Paradigmenwechsel vornehmen.

Ein Teil der Bevölkerung, vor allem die illegalen Goldschürfer, haben den Papst auch als Bedrohung empfunden, aufgrund seiner Umweltzyklika „Laudato Si“.

InfoPeru: Es gibt aber auch Indigene-Gemeinschaften, die selber Gold schürfen...

Martínez de Aguirre: In Madre de Dios haben indigene Völker seit langer Zeit Gold gewaschen, schon die Inkas haben das gemacht. Aber sie haben es nicht aus Gier getan, wie wir „Westler“. Der einzige Ehrgeiz, den ich bei den Indigenen erkenne, ist der nach sozialen Beziehungen. Die Gier, die Sucht nach Anhäufung ohne jegliche Grenze, das ist unser Problem. Diese Sucht nach Anhäufung tötet. Gold hat es immer gegeben, es wird erst zum Problem, wenn jemand damit Gewinn machen will und dafür über Leichen geht.

InfoPeru: Sie sprechen vom Paradigmenwechsel, den wir durch die Begegnung mit indigenen Völkern lernen können. Haben Sie ein Beispiel dafür?

Martínez de Aguirre: Als ich neu bei den Machiguenga war, habe ich einen Garten angelegt. Wir

haben nach Samen gesucht, ich habe das Dorf zusammengerufen, um das Feld zu roden, wir haben den Boden vorbereitet, die Pflanzen, den Dünger, haben unsere Setzlinge gepflanzt, nach und nach wuchsen die Pflanzen, der Garten begann, Früchte zu tragen. Und dann kam der Regen, der Fluss schwoll an und riss den ganzen Garten mit sich. Warum habt Ihr mich nicht gewarnt, fragte ich sie. „Wir wussten, dass das passieren würde, aber Du warst so voller Begeisterung“. Da habe ich gelernt, wieviel wir zu lernen haben.

Eine andere Episode, eines spanischen Entwicklungshelfers, der in einem Dorf Unterricht gab. Auf dem Lehrplan stand Logik. Da das Dorf nur mit Flugzeug erreichbar war, nannte er folgendes Beispiel: „Wenn es regnet, kommt kein Flugzeug. Es regnet, folglich.....“. Keiner der Schüler antwortete. Bis schliesslich einer sagte: „Es wird auch wieder aufhören zu regnen“. Er wollte damit sagen: „Das Flugzeug wird kommen, vielleicht übermorgen, oder nächste Woche oder nächsten Monat. Ich habe es nicht eilig“. Wenn es nach dem peruanischen Lehrplan ginge, wäre der Junge durchgefallen. Aber in seinem Kontext, war es die richtige Antwort.

Unsere westliche Kultur ist überheblich; wir müssen wieder Demut lernen, denn in der Selva merkst Du, dass Dein Gegenüber viel mehr soziale Intelligenz hat als Du. So wussten die Indigenen sofort, wen sie vor sich hatten, und warum jemand ins Dorf kam.

InfoPeru: In Madre de Dios gibt es große Konflikte zwischen denen, die die Selva ausbeuten wollen, und denjenigen, die sie schützen wollen. Und oft geht der Umweltschutz zu Lasten der Entwicklung der ärmsten Bevölkerung.

Martínez de Aguirre: Das Umweltproblem haben wir nicht nur in Madre de Dios, sondern auch in den Anden. Peru ist ein Staat, der es nicht schafft, dass seine Bevölkerung in Würde leben kann.

Das heisst auch, dass wir hier im Amazonasgebiet nicht den Paradiesgarten pflegen, damit die Menschen in Europa so weiterleben können wie bisher. Ich gebe Dir ein Beispiel: In meinem Heimatort im Baskenland fand eine Auto-Rallye statt, die wegen ihrer Umweltverschmutzung angeklagt wurde. Zu ihrer Rechtfertigung sagten die Rallye-Veranstalter, dass sie in Puerto Maldonado viele Tausend Hektar Regenwald gekauft hätten, damit dieser geschützt wird. So geht das nicht: dass wir im Amazonasgebiet dazu verdammt sind, in der Subsistenzwirtschaft zu leben, damit die Menschen in Europa weiterhin Ressourcen verschwenden können. Das ist absolut scheinheilig von der sogenannten „ersten“ Welt.

Es darf auch nicht sein, dass Umweltschützer unseren Anspruch auf angemessene Entwicklung verhindern. Ein Beispiel: Ein Dorf wollte einen besseren Diesel-Motor kaufen; nicht weil sie Air Condition brauchten, sondern um lebensnotwendiges Wasser hochpumpen zu können. Dann kamen Beamte vom Umweltministerium und sagten, sie dürften den Motor nicht verwenden, er würde gegen das Kyoto-Protokoll verstoßen.

Das ist die Scheinheiligkeit und der Zynismus unserer Welt. Ich befürchtete, dass auch die Umweltenzyklika Laudato Si' diesen Fehler machen würde, dass sie die Ökologie für die Armen verkünden würde, damit die Reichen so weiterleben können wie bisher. Als ich Laudato Si' dann las, kamen mir die Tränen, denn darin steht wirklich, dass die Armen die ersten Opfer des ökologischen und sozialen Desasters sind. Das gemeinsame Haus zu schützen, heisst, dass es gerechtere Beziehungen geben muss, eine gerechtere Verteilung, dass es alle angeht, und ganz besonders die Reichen.

Interview: Hildegard Willer

8. Wie man den peruanischen Regenwald besser schützen kann

Ein Wissenschaftlerteam der Universität Bonn hat das peruanische Waldschutzprogramm evaluiert. Einiges koenne man besser machen, meinen sie.

Das im Jahr 2011 vom peruanischen Umweltministerium initiierte *National Forest Conservation Program* (NFCP) ist ein peruanischer Ansatz zur Bewahrung der nativen Wälder des Landes. Zusätzlich soll es den indigenen Gemeinschaften, welche an dem Programm teilnehmen, eine Möglichkeit der ökonomischen Absicherung bieten. Wir haben uns mit dem peruanischen Biologen **Renzo Giudice** getroffen, der am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn gemeinsam mit einem Forschungsteam dieses Programm untersucht und im Zuge dessen Handlungsempfehlungen formuliert hat.

Herr Giudice, was genau ist das National Forest Conservation Programm NFCP ?

Das NFCP wurde im Jahr 2010 im Rahmen eines nationalen Aktionsplans zur Senkung des Klimawandels initiiert und im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Akteuren gestartet, darunter die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Mittels einer Kompensationszahlung an die teilnehmenden indigenen Gemeinden von umgerechnet etwa drei US-Dollar pro Hektar Wald, den die Indigenen auf ihrem Territorium schützen, soll versucht werden, gleichermaßen die Entwaldung zu senken und die indigenen Gemeinschaften langfristig ökonomisch zu sichern. Das Programm ist ausgelegt auf einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren, dann laufen die Abkommen aus. Ziel ist es, dass nach diesen fünf Jahren eine Waldwirtschaft entsteht, sodass die indigenen Gemeinschaften keine weiteren Urwälder roden müssen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Welche Rolle spielt die GIZ in dem Programm?

Vor allem in der Anfangsphase hat die GIZ bei dem Design des Programms unterstützt. Im Zeitraum zwischen 2011 und 2016 konnte sie vor allem technisch helfen, etwa durch Satellitenfotos in Hochauflösung, und bei der Evaluierung und der Optimierung der Auswahlprozesse der indigenen Gemeinschaften.

Angenommen, eine indigene Gemeinschaft ist am NFCP interessiert – wie kann sie teilnehmen?

Anfangs hat die Regierung damit begonnen, indigene Repräsentanten in Workshops über das Programm zu informieren. Interessierte haben die Möglichkeit, eine Interessensbekundung zu senden. Im Anschluss werden geeignete Gemeinden anhand der ausgearbeiteten Kriterien ausgewählt. Gemeinsam mit Experten wird ein Investitionsplan aufgestellt, der neben dem Waldschutz auch soziale Projekte enthält, wie etwa den Bau und die Ausrüstung einer Krankenstation oder einer Schule, sowie ein Projekt, das der Gemeinde eine nachhaltige

Produktionsmöglichkeit bietet. Sobald der Vertrag geschlossen wurde, ist er für die nächsten fünf Jahre gültig. In diesen darf innerhalb des deklarierten Gebietes nicht gerodet werden und die für Projekte angesetzten Gelder müssen bestimmungsgemäß verwendet werden. Ein Verstoß kann von Sanktionen bis hin zur kompletten Einstellung der Förderungen führen.

Was haben Ihre Forschungsstudien über die NFCPs ergeben?

Im Prinzip haben wir drei defizitäre Punkte des NFCP herausarbeiten können. Erstens werden oft Gebiete angemeldet, die ohnehin nicht sehr bedroht von Entwaldung sind. Unsere Forschungen haben ergeben, dass der Effekt des Waldschutzes im Vergleich zu Gemeinden, die nicht in dem Programm sind, dann spürbar ist, wenn das Programm in Zonen mit einer hohen Gefährdung der Rodung angewandt wird. Ursprünglich war das sogar der Grundgedanke des NFCP, doch durch falsch angesetzte Kriterien haben auch viele Gebiete Gelder erhalten, die nicht von Entwaldung bedroht sind. Dadurch wird teilweise verhindert, dass die am stärksten bedrohten Gebiete die Förderung erhalten. Außerdem melden viele indigene Gemeinden das Gebiet innerhalb ihres Territoriums an, welches sie sowieso nicht für die Landwirtschaft nutzen. Würden diese ihr gesamtes Territorium anmelden müssen, gäbe es einen Anreiz, weniger Fläche zu roden.

Zuletzt gibt es ein strukturelles Problem in Bezug auf Verstöße gegen die Verträge. Da das Programm ebenfalls einen sozialen Aspekt hat, wird trotz Verstößen bei den Auszahlungen der Gelder oft ein Auge zugeedrückt, was sich negativ auf den Waldschutz auswirkt.

Unser Vorschlag zur Modifizierung des Programms ist also, dass die indigenen Gemeinschaften ihr gesamtes Territorium in dem Programm registrieren müssen. Verstöße sollten nicht zum Ausschluss aus dem Programm führen, sondern lediglich zu einer Reduzierung der Zahlungen entsprechend der gerodeten Fläche.

Vielen Dank, Herr Giudice, für das Interview

Das NFCP als peruanischer Ansatz zum Regenwaldschutz wird noch bis zum Jahr 2021 fortgesetzt. Dann sollen die Erfolge des Programms zum 200. Jahrestag der peruanischen Unabhängigkeit präsentiert werden. Es ist abzuwarten, ob das Nationale Waldschutz-Programm die gewünschte Reduzierung der Entwaldung und eine Verbesserung der Lebensbedingungen der teilnehmenden indigenen Gemeinschaften erreichen wird. „Wichtig“, so betonte Renzo Giudice in dem Interview, „ist die anschließende Evaluation des Programms für kommende Projekte, denn zur Zeit gibt es viel zu wenig Studien über die zahlreichen Umweltprojekte, die gemacht werden.“ Ein weiterer Schwachpunkt des NFCP ist, dass lediglich indigene Gemeinschaften mit einem offiziell titulierten, also rechtlich anerkannten Territorium, die Förderung erhalten können. Am stärksten ist die Gefährdung vor Entwaldung oft jedoch gerade in Gebieten, in denen die indigenen Gemeinschaften bislang auf eine Titulierung warten.

Leon Meyer zu Ermgassen

9. 10 Jahre nach dem „Baguazo“

Am 5. Juni 2009 verursachte die Verantwortungslosigkeit der damaligen peruanischen Regierung eines der bedauernswertesten Vorkommnisse Perus: die Tragödie von Bagua. Auch wenn seitdem 10 Jahre vergangen sind, so sind die Probleme, die damals den Konflikt auslösten, bei weitem nicht verschwunden.

Auch die Rechte der indigenen Völker sind noch nicht vollständig anerkannt. Wir veröffentlichen dazu ein Interview , das Noticias SER mit **Alicia Abanto Cabanillas** geführt hat. Alicia Cabanillas ist bei der staatlichen Ombudsstelle Defensoría del Pueblo für Umwelt, öffentliche Dienstleistungen und indigene Völker zuständig.

Inwieweit hat es Fortschritte gegeben bei der Durchsetzung von Rechten und Forderungen der indigenen Völker nach den Ereignissen von Bagua vor 10 Jahren?

Alicia Abanto, staatliche Ombudsstelle Defensoria del Pueblo. Foto: noticiasser.org

Alicia Abanto: Wir können drei Aspekte nennen: Zum einen sind die Rechte der indigenen Völker sichtbarer geworden. Der Staat – sowohl die Exekutive als auch die Judikative – nehmen sie heute ernster. Zum Beispiel wurde in diesen Jahren eine landesweite Richtlinie für Interkulturelle Gesundheit verabschiedet, ebenso ein landesweiter Bildungsplan für zweisprachige interkulturelle Erziehung und bei den Gerichten wurde eine Stelle eingerichtet, die für einen besseren Zugang bei Themen der interkulturellen Justiz sorgen soll.

Zweitens sind wir bei der Implementierung staatlicher Dienstleistungen weitergekommen, zum Teil sind sie noch in einer Anfangsphase, denn staatliche Dienstleistungen in die Selva zu bringen, ist sehr aufwendig. Der Staat investiert hier immer mehr, aber die Fortschritte sind sehr langsam.

Und drittens sind wir von einer Etappe der gewaltsamen Auseinandersetzung ohne Dialog zu einer Auseinandersetzung mit Dialog gekommen. Die Dialogprozesse erlaubten, mit den indigenen Völkern Übereinkünfte zu schließen bei Themen wie der Vorabkonsultation oder in den verschiedenen Runden Tischen, die nach verschiedenen sozialen Konflikten eingerichtet wurden. Glücklicherweise, ist es nicht mehr zu einer so gewaltsamen Auseinandersetzung wie in Bagua gekommen.

Und in welchen Aspekten hat sich nichts oder nur wenig getan?

Bei der Titulierung von Kollektivland gibt es einen grossen Rückschritt. Mehrere Jahre lang gab es praktisch keine staatliche Titulierungspolitik, und erst seit 3 Jahren

wurde die Titulierung wieder angegangen. Auch wenn sie jetzt über die Mittel verfügen, so geht da doch recht wenig voran, wir hoffen, dass sich das bald ändert.

Ein anderes Thema ist die Vorabkonsultation bei Investitionsprojekten in Bezug zu den verpflichtenden Umweltstudien. Dort gab es praktisch keine Fortschritte, aus Angst und Widerstand in den Ministerien, die Vorabkonsultation gleichzeitig zum Prozess der Abnahme der Umweltstudien durchzuführen.

Ein drittes Thema ist, wie bereits gesagt, die schleppende Ausweitung staatlicher Dienstleistungen, wie Trinkwasser und Gesundheit, welche die Unversehrtheit der indigenen Völker garantieren.

Was bedeutete der „Baguazo“ in Bezug auf das Fehlen von Interkulturalität?

Es bedeutete ein vollständiges Scheitern jener, die damals an der Macht waren und die Möglichkeit hatten, den Konflikt anders anzugehen. Sie taten gerade das Gegenteil dessen, was notwendig wäre, um einen konstruktiven, auf gutem Glauben basierenden Dialog zu fördern, einen demokratischen Dialog in einem vielsprachigen und multikulturellen Land mit hoher Ungleichheit, in dem die indigenen Völker systematisch ausgeschlossen und diskriminiert werden.

In einem Kontext von derartiger Ungerechtigkeit, stellt das, was in Bagua geschah, ein Scheitern unseres demokratischen Zusammenlebens dar. Dennoch bin ich der Meinung, dass die darauf folgenden Regierungen der letzten 10 Jahre etwas gelernt haben und, jede Regierung auf ihre Art, eine dialogfähigere Haltung zu den indigenen Völkern zeigten. Das soll man auch anerkennen.

Was ist Deine Bilanz zur Umsetzung der Vorabkonsultation?

Die Exekutive hat eine Reihe von Richtlinien konsultiert. Zum Beispiel in der Bildung, interkultureller Gesundheit und bei Naturschutzgebieten. In diesen Konsultation kam es zu guten Vereinbarungen.

Wir sehen aber auch, dass bis heute, keiner der 45 Konsultationsprozesse im Rahmen der Umweltstudie eines Megaprojektes stattgefunden hat. Die Regierung hat der Umweltbehörde SENACE keine Kompetenz gegeben, um die Konsultationen gleichzeitig zum Evaluationsprozess der Investitionsprojekte durchzuführen.

In der Exekutive gibt es keine politische Entscheidung für solche Massnahmen. Andererseits bittet die Ombudsstelle das Kulturministerium darum, eine Richtlinie zu stoppen, welche die Nicht -Durchführung der Vorabkonsultation bei öffentlichen

Infrastruktur-Megaprojekten akzeptiert. Dies ist wichtig, denn die Rechte der indigenen Bevölkerung werden direkt davon betroffen, und die Konsultation findet nicht zu dem Zeitpunkt statt, den das Gesetz vorsieht.

Was kannst Du sagen , wie das Energie- und Bergbauministerium, das Kulturministerium und das Transportministerium die Vorabkonsultation umsetzen?

Es gibt positive Beispiele. so haben das Bildungs- und das Gesundheitsministerium eine Konsultation durchgeführt über die Richtlinie und Pläne, die eine direkte Auswirkung auf die indigenen Völker haben. Aber andere Ministerien, wie zum Beispiel das Energie- und Bergbauministerium, das Transportministerium und sogar das Kulturministerium, haben hier bisher nicht denselben Eifer gezeigt.

Wir beanstanden dies, denn in diesen Ministerien wurden Normen verabschiedet, welche die Nicht-Durchführung der Konsultation zum richtigen Zeitpunkt gutheissen.

Und das Umweltministerium?

Wir sehen mit Sorge, dass das Umweltministerium nicht fordert, dass die Vorabkonsultation Teil der Umweltevaluation wird. Das heisst, dass all diese Ministerien etwas ändern müssen in Bezug auf ihre Haltung zur Vorabkonsultation. Es ist eine politische Entscheidung, die nicht getroffen wird, wie sie sein sollte.

Einige Organisationen indigener Völker fordern, dass die Gesetzesvorlagen im Parlament, die mit ihren Rechten zu tun haben, ebenfalls einer Vorabkonsultation unterzogen werden. Wie steht es um diese Forderung?

Leider hat das Parlament seit 2011 keine Konsultation mehr durchgeführt, und hat sein eigenes Parlament auch nicht dahingehend geändert, dass die Konsultation ein Teil des parlamentarischen Procederes wird. Das Parlament hat in diesen Jahren den indigenen Völkern sehr wenig Beachtung geschenkt. Seit der Verabschiedung des Gesetzes zur Vorabkonsultation (im Jahr 2011, d.Red.) hat das Parlament keine Gesetze verabschiedet, die für die Kollektivrechte der indigenen Völker spezifisch oder relevant sind.

Was unternimmt die staatliche Ombudsstelle Defensoría del Pueblo gegen diese Mängel?

Wir haben eine grosse Zahl von Empfehlungen ausgesprochen, nur zum Thema der Vorabkonsultation sind es über 50. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass auch die Regional- und Lokalregierungen Gelder für die Belange der indigenen Völker zur Verfügung stellen müssen. Ausserdem muss die Beteiligung der indigenen Frauen in

den Konsultations- und Dialogprozessen und bei der Rechtsausübung besser gewährleistet werden. Die Gesetzgebung für indigene Völker hat keine Gender-Komponente, das ist sehr beunruhigend. Wir müssen die Gesetzgebung daraufhin durchleuchten, um die indigenen Frauen besserzustellen.

Spanisches Original des Interviews:

<http://www.noticiasser.pe/index.php/entrevista/alicia-abanto-lo-ocurrido-en-bagua-fue-un-fracaso-para-nuestra-vida-democratica>

Übersetzung: Hildegard Willer

10. Weiche, Satan! – Sexualekunde, Scheinheiligkeit und Doppelmoral in Peru

Das peruanische Erziehungsministerium hat für die 14/15 Jahre alten Schüler*innen der dritten Sekundarklasse ein neues Schulbuch herausgegeben. Umgehend forderten daraufhin Leiter evangelikaler Freikirchen, ultrarechte Parlamentarier und einige katholische Bischöfe

die Erziehungsministerin zum Rücktritt auf und verlangten, die Auflage sofort einzustampfen. Warum? Weil es sich in dem Gesellschaftskundebuch bei der Sexualekunde um Pornographie handle. Das Lehrmaterial, das vor allem der Persönlichkeitsbildung der jungen Leute dienen soll, verweist nämlich in einem Hinweis auf weiterführende Literatur dezent auf eine Seite des kubanischen Erziehungsministeriums. Wer auf diese Seite klickt, kann sich technokratisch-sachlich über Sexualität und diverse Sexualpraktiken informieren. Vom Kuss bis zum Analverkehr wird alles abgehandelt, auch, dass man Kondome benutzen kann, um eine Schwangerschaft zu verhüten, und auch, dass Sex nicht nur dazu dienen muss, Kinder zu zeugen, und dass Sexualität nichts Schlechtes ist.

Reaktionen der Ultrarechten

Der Vertreter des peruanischen Zweigs der ultrarechten Bewegung *Con mis hijos no te metas*, Julio Rosas, forderte das Wort GENDER aus den Schulbüchern und Curricula zu entfernen.

Der katholische Erzbischof Javier del Rio, Arequipa, „forderte, die Bücher einzustampfen, weil sie der „perversen Ideologie der Geschlechtergerechtigkeit“ das Wort redeten, die Schüler*innen übersexualisiert und zu einer perversen Form der Sexualität erzogen würden und bei den Mädchen der Wunsch nach Abtreibung entstünde.

Auf Fotos sind junge Männer zu sehen, die auf einer Brücke über die Stadtautobahn in Lima Transparente hochhalten: Nein zur Kamasutra-Ministerin!

Die Fraktion der Fujimori-Partei (Fuerza Popular, ultrarechts) und die APRA zitierten die Erziehungsministerin Flor Pablo Medina zu einer 12-stündigen Anhörung am 9. Mai 2019 in das Nationalparlament. Von den Initiatoren selbst waren nur wenige Abgeordnete anwesend, aber der

Fuerza-Popular-Sprecher Carlos Tubio (der die indigenen Kulturen heftig beschimpft hatte, InfoPeru berichtete) preschte vor und dann zog die evangelikale Abgeordnete (Fujimori-Partei) der Region Loreto, Tamar Arimborgo, vom Leder. Die Tochter evangelikaler Pastoren ist Rechtsanwältin und war früher Direktorin einer Realschule der neupfingstlichen Kirche *Weg des Lebens* (Iquitos). Ihren Amtseid hatte sie geleistet: „Für Gott, für die Entlassung Fujimoris aus dem Gefängnis und ein Leben in Harmonie“. Als Abgeordnete hatte sie bereits einen Gesetzentwurf gegen die „Genderideologie“, eingebracht, weil diese AIDS, Geschlechtskrankheiten, Krebs und Selbstmorde verursache. Das war selbst für ihre Parteikolleg*innen zu seltsam und sie zogen den Entwurf schnell zurück. Nun, bei der Anhörung der Ministerin, beschuldigte sie die Regierung ein Hort von Sodom und Gomorra zu sein, und erklärte, dass die Funktion der Sexualität die Fortpflanzung, und nicht etwa Vergnügen sei. Ihr Parteikollege Galaretta ergänzte zusammenfassend: Stolz und furchtlos wollen wir bekennen; wir treten ein für die Heiligkeit der Familie, die kindliche Unschuld und gegen Schweinereien in unseren Schulbüchern. „Der neue Terrorismus ist die Genderideologie“, sekundierte ein Zwischenruf.

...und was die Gegner dazu sagten

All das blieb in Peru nicht unkommentiert.

Lucio Castro, Präsident der Lehrgewerkschaft SUTEP, befürwortete die Texte in den Schulbüchern als gegen den Machismus gerichtet, spricht sich aber dafür aus, den Link mit den Informationen zu Sexualpraktiken zu entfernen oder zu schwärzen und fordert den Kongress auf, sich mit wichtigeren Themen, z.B. der Erhöhung des Lehrergehalts, zu beschäftigen.

Die Journalistin Gabriela Wiener hält die Kampagne der politischen und religiösen Eiferer für rückwärts gerichtete Politik, die den Machismus und die Gewalt an Frauen unterstützt.

Maruja Barrig konfrontiert in ihrem Kommentar das Gerede von der heiligen Familie mit der Gewaltanwendung von Ex-Präsident Fujimori gegen seine Frau sowie die Gewalt anderer Abgeordneter der Fujimori-Partei. Sie erinnert daran, dass der Fujimori-Abgeordnete Grandez an einem Bordell in Iquitos beteiligt war, in dem sich minderjährige Mädchen prostituieren mussten. Sie erinnert daran, dass z.B. der evangelikale Pastor Alberto Santana (Iglesia Aposerito), ein bekannter Unterstützer der Präsidentschaftskandidatur von Keiko Fujimori, die Ansicht vertrat, ihm stünden wegen seines Amtes mehrere Konkubinen zu – und sie erinnert z.B. an die Kinderschänder der rechts-katholischen Organisation SODALICIO.

Der Ex-Erzbischof von Lima, Kardinal Cipriani, hat sein eigenes Familienbild. In einer seiner Predigten beschreibt er den Vater, der als absolute Respektperson das Geld verdient, die Mutter, die das Haus wohnlich hält, die Kinder versorgt und Kindergeburtstage organisiert. Im April 2019 sicherte er in seiner Sendung *Dialog des Glaubens* der ultrakonservativen Gruppe *Eltern in Aktion* und der Bewegung *Con mis hijos no te metas* seine volle Unterstützung zu. Er predigte und wetterte, dass Gott zwar kein Revanchist sei, aber niemals eine Schlacht verliere, und dass die Gesellschaften, die Lesben, Homosexuelle oder Bisexuelle zuließen, alle von Gott vernichtet würden. Es gehe auch nicht an, den Mädchen zu sagen: Du entscheidest, welche Rolle Du in der Gesellschaft einnehmen willst.

Der Journalist Marco Sifuentes ruft solchen kirchlichen Verantwortlichen und Schulbuchkritiker*innen entgegen: Glauben Sie wirklich, dass 14- und 15-jährige Schüler*innen in

Peru das, was jetzt im Schulbuch steht, nicht längst bei google gelesen oder praktiziert haben?

Nicht nur verschroben und verkorkst

Hinter der Auseinandersetzung über Sexualität im Schulbuch stehen knallharte politische Interessen: Die rechtsgerichteten Parteien wie die Fujimori- und die APRA-Partei wollen ihren verlorenen Einfluss zurückgewinnen. Sie setzen dabei auf das „gesunde Volksempfinden“, auf Ängste und Tabus, um den Kampf für Gleichberechtigung der Geschlechter zu unterbinden. Und der Bildungsbereich soll noch stärker als schon bisher privatisiert und Unternehmer*innen überlassen werden.

Wie nötig allerdings ein radikal anderer Umgang mit der Geschlechterfrage und sexueller Gewalt in der peruanischen Gesellschaft ist, zeigt auch eine Auskunft der Ministerin: Acht von zehn vergewaltigten Frauen in Peru sind minderjährig und acht von zehn Fällen sexueller Gewalt an Frauen gehen von einem Mitglied im Umfeld der Familie aus.

Im Strafgericht von Cusco sind derzeit ca. 6.000 Fälle sexueller Gewalt noch unbearbeitet. Eine der dortigen Richterinnen hat im Mai 2019 begonnen, die Fälle im „Marathonverfahren“ anzugehen; d.h. die Beschuldigten werden kurzfristig telefonisch oder per e-mail vorgeladen.

Heinz Schulze (Streiflicht nach Lektüre von 22 Artikeln und Stellungnahmen, vor allem aus dem Zeitraum März – Mai 2019; z.B. Erziehungsministerium Kuba – link: <https://bif.ly/2K2cF22>, Ministerio de Educación del Perú, Defensoría del Pueblo, exitosa, Perú 21, El Comercio, La República.)

11. Solidaritätsdebatte: übereinstimmende Ziele - politische Unterstützung

Jimi Merk, bis Ende 2018 langjähriger Geschäftsführer der Infostelle Peru und heutiges Vorstandsmitglied, meint, dass Solidarität mit Peru und Deutschland in erster Linie politisch sein soll.

Solidarität bedeutet für mich, dass ich Menschen oder Bewegungen unterstütze, mit deren Positionen ich übereinstimme und die gleiche oder ähnliche Ziele wie ich verfolgen. Diese Unterstützung ist erstmal politisch und kann ganz verschieden aussehen. Sie kann –eher im Ausnahmefall – auch finanziell sein.

Ich bin beim Lesen der bisherigen Diskussionsbeiträge sehr erstaunt, wie der Begriff Solidarität von anderen interpretiert wird. Um von mir aus klarzustellen:

- Ich bin nicht solidarisch mit einem Land, sondern mit Gruppen und Bewegungen, die z. B. für Menschenrechte, für Demokratie und echte Teilhabe, für ein gutes Leben für alle Menschen eintreten.
- Solidarität hat für mich nichts (oder nur sehr wenig) mit Entwicklungshilfe/-zusammenarbeit zu tun, die sehr oft eher das Eigeninteresse der Geberländer im Blick hat. Auch (staatliche oder kirchliche) Hilfe im Kriegsfall, bei Natur- oder Hunger-Katastrophen haben für mich

wenig mit Solidarität, eher mit Hilfsbereitschaft zu tun.

- Natürlich spielen bei der Solidaritätsarbeit der Infostelle auch die Entwicklungsunterschiede zwischen Peru und Deutschland eine Rolle – Solidarität gibt es aber auch in anderen Fällen ohne diese Entwicklungsunterschiede: etwa zwischen Gewerkschaften oder Umweltbewegungen innerhalb Europas. Ich selbst bin mit verschiedenen Gruppen und Bewegungen in Deutschland solidarisch – dazu schreibe ich etwas mehr weiter unten.
- Solidarität kann für mich nur auf Augenhöhe stattfinden. Anders als bei finanzieller Hilfe, bei der die Asymmetrie der Beziehung fast unausweichlich ist, baut eine solidarische Beziehung auf gegenseitigem Respekt, Austausch und gegenseitiger Unterstützung auf. Der letzte Punkt ist in den Beziehungen der Infostelle zu peruanischen Organisationen – vorsichtig ausgedrückt – noch stark ausbaufähig. Einige Anregungen dazu weiter unten.

Dass sich die wirtschaftliche und menschenrechtliche Situation in Peru in den letzten Jahren für viele Menschen deutlich verbessert hat, ist für mich kein Grund, unsere Arbeit infrage zu stellen: indigene Rechte und Frauen-Rechte werden nach wie vor massiv verletzt, legitime Proteste werden kriminalisiert, bei vielen Menschen ist vom wirtschaftlichen Aufschwung nichts angekommen, die Extraktiv-Wirtschaft schafft soziale Probleme und ökologische Zerstörung... Genau in diesen Bereichen arbeiten wir mit Organisationen und Bewegungen zusammen.

Auch wenn die Dependenz-Theorie die internen Ursachen der Probleme in Peru und anderen Ländern des Globalen Südens „ausgeklammert“ hat: unter anderem für die Auswirkungen der Bergbau- und Öl-Wirtschaft und des Klimawandels tragen Europa und Deutschland eine Mitverantwortung. Und auch die langjährige Vernachlässigung des Bildungs- und Gesundheitssystems liegt nicht nur in der Verantwortung der politisch Zuständigen in Peru: in Zeiten der Überschuldung wurde Peru gezwungen, der Zahlung des Schuldendienstes Vorrang einzuräumen, damals wurde bei Bildung und Gesundheit massiv gekürzt. Daran hätte man allerdings in Peru in den letzten 15 Jahren etwas ändern können.

Die Unterstützung des Kampfes für gute Lebensbedingungen für alle Menschen, für Menschen- und Arbeitsrechte und gegen Umweltzerstörung in Peru ist nicht nur eine Aufgabe für uns, weil wir mit den Ursachen dieser Situation etwas zu tun haben. Nach meiner festen Überzeugung nützen politische Erfolge in Peru auch uns. Menschenrechte sind unteilbar, und die Umweltzerstörung in Peru und Deutschland hat globale Auswirkungen. Die für eine Verbesserung der Situation notwendigen Veränderungen in Peru setzen Veränderungen bei uns voraus. Und wer will bestreiten, dass wir bei uns auch im eigenen Interesse Veränderungen brauchen: unser Energieverbrauch, unser Mobilitätsverhalten und unsere konventionelle Landwirtschaft bedrohen (auch) unsere eigenen Lebensgrundlagen. So ist neben der Unterstützung unserer Partnerorganisationen der Kampf für Veränderungen bei uns für mich Teil unserer Solidaritätsarbeit.

Und dabei könnten wir – wie oben bereits angedeutet – auch die Unterstützung unserer peruanischen Partner*innen brauchen. Warum sollte nicht die Bürgerbewegung gegen den Klimawandel MOCICC einen Brief an die Bundesregierung und RWE schreiben und einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle-Förderung fordern? Und warum sollten nicht Red Muqui und CooperAcción die Bundesregierung auffordern, angesichts der umfangreichen Importe von peruanischem Kupfer nach Deutschland zu den Problemen mit den und Auseinandersetzungen um

die peruanischen Kupferminen Stellung zu beziehen? Weitere hilfreiche Beispiele wären leicht zu finden.

Und zu der oben angeschnittenen Frage nach Solidarität innerhalb Europas und Deutschlands: Ich bin seit vielen Jahren überwiegend in der Unterstützung peruanischer Organisationen aktiv. Trotzdem fühle ich mich unter anderem solidarisch

- mit den antirassistischen Initiativen z. B. in Italien und auch in Deutschland, die sich gegen die flüchtlingsfeindliche Politik der europäischen Regierungen wehren,
- mit den Besetzer*innen des Hambacher Forsts und der Braunkohle-Bagger, die einen raschen Ausstieg aus der Braunkohleförderung verlangen,
- mit den streikenden Pflegekräften der Kliniken, die sich gegen die Unterbesetzung der Krankenstationen und für bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte einsetzen,
- mit den Initiativen, die sich gegen Mietwucher und Gentrifizierung wehren.

Auch wenn ich nicht viel Zeit und Energie für diese Auseinandersetzungen übrig hatte: auch eine Unterschrift, ein (Leser-)Brief oder eine Spende für die in diesen Bereichen engagierten Organisationen sind (für mich) Ausdruck von Solidarität. Und ein Zeichen, dass sie – an anderer Stelle wie ich, aber mit ähnlichen Zielen – an den Veränderungen arbeiten, die die Menschen in Peru und Europa dringend brauchen. Diese Veränderungen werden wir ohne internationale Solidarität nicht erreichen.

Jimi Merk

12. Fe y Alegría – ein alternatives Schulmodell

Für viele peruanische Schüler*innen aus armen Familien sind die Fe y Alegría-Schulen die einzige Chance auf eine gute Schulbildung.

Peru liegt im lateinamerikanischen Bildungsranking auf dem vorletzten Platz, vor Haiti. Der Staat investiert verhältnismäßig wenig in Bildung. Die Folge ist eine zunehmende Privatisierung des Bildungssektors, was aber nicht gleich bessere Bildung bedeutet. Es fällt aber auf, dass Schulen mit kirchlichen Trägern besser abschneiden. Fe y Alegría – was auf deutsch „Glaube und Freude“ bedeutet – ist so ein Beispiel, mit einem besonderen Modell.

Gegründet wurde Fe y Alegría 1955 in Venezuela mit einem katholisch-jesuitischen Ansatz. Ziel war und ist es bis heute, qualitative und ganzheitliche Bildung für die ärmeren Schichten anzubieten. In den darauffolgenden Jahren breitete sich Fe y Alegría in Mittel- und Südamerika weiter aus und kam so auch 1965/66 nach Peru.

„Fe y Alegría beginnt dort, wo der Asphalt aufhört.“

...lautet das Motto der Organisation (auch in Peru). Fe y Alegría stellt hierbei keine Privatschulen, sondern initiiert vielmehr staatliche Schulen mit besonderer Unterstützung.

So leitet die jesuitische Organisation die Schulen zwar in Kooperation mit katholischen Schwesternorden und koordiniert und verteilt Gelder aus staatlicher und privater Hand unter den Schulen, die Gehälter der Lehrer werden aber vom Staat bezahlt. So entstehen öffentliche Schulen

mit einem besonderen Profil an Stellen, wo Bildung sonst oft zu kurz kommt, d.h. in besonders ländlichen Regionen oder aber auch urbanen Randgebieten.

Die Schulen stechen aber nicht nur mit ihrer Organisationsform hervor. Das Bildungsangebot geht in den Schulen Fe y Alegría weit über den Standardbildungsplan hinaus. So gibt es neben den Grundfächern Mathe etc. auch Unterricht in vielen handwerklichen und künstlerischen Bereichen wie Nähen, Schreinern, Gärtnern, traditioneller Tanz, Musik... Alle Aktivitäten zu nennen, ist wohl unmöglich. Zu verdanken ist dies wohl aber auch einem besonders motivierten Kollegium der Schulen. Da nicht wenige Schüler in ihren Familien oft mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, oder auch keine ausreichenden Mahlzeiten bekommen, gibt es Schulen mit Schulpsychologen und einer Mensa mit einem eher symbolischen finanziellen Essensbeitrag.

Die Schulen sind hierbei oft wie eine kleine Oase in den marginalen Gebieten.

Die Idee hinter alldem ist, eine Bildung anzubieten, die auf das Leben vorbereitet, realitätsnah ist und die Schüler zu selbständigen, kritischen Menschen erzieht. Hierbei fühlt sich Fe y Alegría den christlichen Werten verpflichtet und achtet besonders auf Gleichheit und Inklusion.

Die Schulen Fe y Alegría sind sehr beliebt und immer bis an die Grenzen ihrer Kapazitäten voll besetzt. So hat Fe y Alegría in Peru nun schon 81 weiterführende Schulen und 160 Schulen in sechs Programmen für die ländlichen Regionen. Insgesamt bedeutet das 84.000 Schüler und ca. 4.400 Lehrer in ganz Peru.

Dieses Netz aus Schulen ist Vorreiter in Peru für ganzheitliche, gerechte und qualitative Bildung. Diese Schulen erzielen trotz verhältnismäßig geringer finanzieller Mittel die besseren Ergebnisse und sind oft viel mehr als nur Schule: auch ein friedlicher Ort, ein warmes Mittagessen, ein Ort für Hobbys und vieles mehr.

Frieder Walker

Für Interessierte: Video „Fe y Alegría Peru 2018“

https://www.youtube.com/watch?v=vxaShcdd3_s

Frieder Walker stammt aus Tübingen. Seine ehemalige Tübinger Schule unterhält im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Tübingen und Villa El Salvador (Lima) eine Schulpartnerschaft mit dem Colegio Fe y Alegría 17. Über das Welthaus Bielefeld hat er dort 2016/2017 ein Freiwilligenjahr absolviert und neben Deutsch- und Englisch-Unterricht einen Schulgarten aufgebaut.

Mittlerweile studiert Frieder Walker Biologie in Leipzig.

-

VERANSTALTUNGEN

- **Dortmund,**

22. Juni: Veranstaltungen von Infostelle und Bergbaukampagne am Kirchentag

Korruption – ein gesellschaftliches Krebsgeschwür

Was der Krebs macht, macht auch die Korruption: sie frisst sich durch verschiedene Organe (des Staates) und schwächt die, die am ehesten auf ein gesundes und intaktes System angewiesen sind, die Armen.

Sie macht die Reichen reicher und die Armen ärmer.

Die mitmachenden Regierungen geben für Projekte, die mit Korruption stattfinden, viele Steuermittel aus und bekommen selbst viel Geld – für die eigene Tasche. Aber dieses Geld fehlt dem Staat für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit. Das „Prinzip Korruption“ scheut die Öffentlichkeit. In dieser Veranstaltung wird hervorgeholt, was sonst unter den Teppich gekehrt wird. Am Beispiel Lateinamerika. In Form einer Doku-Lesung mit viel Zeit zur Diskussion – auch über Lösungen.

Ort | Gemeindesaal der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin, Gabelsbergerstr. 32, 44141 Dortmund

Zeit | Samstag, 22. Juni 2019, 11:00 – 12:30 Uhr

Veranstalter | Informationsstelle Peru e.V. und Kampagne „Bergwerk-Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“, Perukreis der Katholischen Kirchengemeinde St. Martin

Webseite der Bergbaukampagne <http://www.kampagne-bergwerk-peru.de/>

Können wir uns die Schöpfung noch leisten?

Zerstört der Kapitalismus die Schöpfung? Schließen sich Ökologie und soziale Gerechtigkeit aus? Podiumsdiskussion u.a. mit Sven Giegold (Mitglied des Europaparlaments), Dr. Hartmut Heidenreich (Kampagne „Bergwerk-Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“) und kirchlichen Engagierten gegen den Hambacher Forst

Ort | Katholische Kirchengemeinde St. Martin, Gabelsbergerstr. 32, 44141 Dortmund

Zeit | Samstag, 22. Juni 2019, 14:00 – 16:00 Uhr

- **Mainz**

Sommertreffen der **Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“**,
5. Juli, 10:00 – 15:30 Uhr in Mainz

Die Kampagnentreffen sind offen für Interessierte. Für Details wenden Sie sich bitte an den Koordinierungskreis unter:
info@kampagne-bergwerk-peru.de

Weitere Infos zur Kampagne unter:

[Kampagne „Bergwerk Peru – Reichtum geht, Armut bleibt“](#)

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, und der Erzdiözese Freiburg .

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

